



Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung

27. Sitzung (öffentlich)

16. Januar 2019

Düsseldorf – Haus des Landtags

12:05 Uhr bis 13:20 Uhr

Vorsitz: Georg Fortmeier (SPD)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- | | |
|---|----------|
| Vor Eintritt in die Tagesordnung | 3 |
| Aktuelle Viertelstunde | 4 |
| Ford will Arbeitsplätze streichen, Ford will angeblich mit VW kooperieren – Was tut die Landesregierung, um die zwei Standorte in Köln und 18.000 Arbeitsplätze zu erhalten? | |
| 1 Weiterentwicklung der Digital Hubs als regionale Digitalagenturen für StartUps und Mittelstand – Stärken ausbauen und eigene Profile weiterentwickeln | 8 |
| Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/4114 | |

Der Ausschuss stimmt dem Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP, Drucksache 17/4114, mit den Stimmen der CDU und der FDP gegen die Stimmen der Grünen und der AfD bei Enthaltung der SPD zu.

2 Urlaubssemester für Gründerinnen und Gründer 11

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/3020
Ausschussprotokoll 17/451

Der Ausschuss stimmt dem Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP, Drucksache 17/3020 mit den Stimmen der CDU, der SPD und der FDP gegen die Stimmen der AfD bei Enthaltung der Grünen zu.

3 Es ist fünf nach zwölf! Wann wird die Landesregierung endlich kurzfristig wirksame Maßnahmen gegen die drohenden Fahrverbote für Diesel-Fahrzeuge ergreifen? – Diesel-Hardware-Nachrüstung jetzt! 13

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/4458

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 17/4458 mit den Stimmen der CDU, der FDP und der AfD gegen die Stimmen der SPD und der Grünen ab.

* * *

Aus der Diskussion

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vorsitzender Georg Fortmeier informiert über den Antrag der Grünen, eine Aktuelle Viertelstunde zum Thema „Ford will Arbeitsplätze streichen, Ford will angeblich mit VW kooperieren – Was tut die Landesregierung, um die zwei Standorte in Köln und 18.000 Arbeitsplätze zu erhalten?“ abzuhalten.

Das Einverständnis der Abgeordneten vorausgesetzt, solle diese Aktuelle Viertelstunde vor den übrigen Tagesordnungspunkten behandelt werden.

Am vergangenen Montag sei außerdem um 14:36 Uhr ein Antrag der SPD-Fraktion auf Durchführung einer Aktuellen Viertelstunde zum Thema „Folgen des aktuellen Großangriffs auf persönliche Daten für die NRW-Wirtschaft“ eingegangen. Dieser Antrag sei unzulässig, da die nach § 60 vorgesehene Zweitagesfrist zwischen Antragstellung und Aussprache nicht eingehalten worden sei.

Er habe die Obleute darauf hingewiesen, dass das Plenum vor Beginn der Sitzung entscheiden könne, ob die Tagesordnung um einen solchen Punkt ergänzt werde.

Frank Sundermann (SPD) kündigt an, für die nächste Ausschusssitzung einen entsprechenden Bericht zu beantragen.

Aktuelle Viertelstunde**Ford will Arbeitsplätze streichen, Ford will angeblich mit VW kooperieren – Was tut die Landesregierung, um die zwei Standorte in Köln und 18.000 Arbeitsplätze zu erhalten?**

Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart (MWIDE) führt aus, die Ford-Werke GmbH habe am 10. Januar 2019 die Öffentlichkeit durch eine Pressemitteilung darüber informiert, dass sich das Unternehmen in Europa verbessern und neu aufstellen wolle und in dem Zusammenhang seine Vision für eine erfolgreiche Zukunft dargestellt.

Ford wolle seine EBIT-Marge langfristig auf 6 % steigern, müsse daher seine Kosten und Profitabilität verbessern. Ford wolle den Geschäftsbereich neu gestalten und weitere Effizienzsteigerungsmaßnahmen ergreifen. Dies bedeute insbesondere für französische Standorte oder auch in Großbritannien harte Einschnitte. Ford gebe damit auch eine Antwort auf die Herausforderungen, die sich durch den Brexit ergäben und auf die Frage, ob ein harter Brexit damit für das Unternehmen bewältigbar sei. Das zeige, dass sich die Unternehmen strategisch auf Wort-Case-Szenarien einstellten.

Auch ohne explizite Erwähnung der NRW-Standorte Köln und Aachen in der Pressemitteilung sei davon auszugehen, dass auch diese ihren Beitrag leisten müssten, wenn Ford in Deutschland und Europa weiterhin konkurrenzfähige Produkte anbieten wolle. In einem Gespräch habe der Vorsitzende der Geschäftsführung, Herr Gunnar Herrmann, letzte Woche versichert, Personalreduzierungen möglichst ohne betriebsbedingte Kündigungen vorzustattgehen zu lassen.

Mit Blick auf den bereits begonnenen Wandel in der Automobilindustrie müssten sich vor dem Hintergrund der Digitalisierung, der Elektromobilität und dem automatisierten Fahren alle Unternehmen der Automobilbranche – Hersteller und Zulieferunternehmen – neuen Anforderungen stellen. Dies bedeute nicht nur Veränderungen in den Produkten, in Produktionsverfahren, bei Fahrzeugen und -teilen, sondern auch im Umfang der zu vernetzenden Funktionen. Der Supply Chain der Automobilindustrie stehe vor einer grundlegenden Veränderung. Standorte und Produktionslinien müssten vor diesem Hintergrund einer tiefgreifenden Überprüfung unterzogen werden.

Die Ford Motor Compagny habe gemeinsam mit der Ford-Werke GmbH die von ihm skizzierten Maßnahmen eingeleitet und werde diese nun mit Arbeitnehmervertretung und weiteren Interessensgruppen diskutieren. Das Unternehmen wolle weiterhin Fahrzeuge in Europa produzieren und habe sich daher zu diesen Schritten entschlossen.

Die Landesregierung setze darauf, dass Ford in innovative Antriebe und Fahrzeuge investiere und das Werk in Köln der größte Standort des Unternehmens in Europa bleibe. Dazu stehe die Landesregierung im engen Austausch mit dem Unternehmen und beziehe es eng in die Mobilitäts- und Industriedialoge ein. Unter anderem wirke das Unternehmen im Beirat Elektromobilität beim Ministerpräsidenten mit.

Horst Becker (GRÜNE) vermutet, das Thema der Arbeitsplätze und der Restrukturierung werde bei Ford nicht erst seit letzter Woche diskutiert. Bereits im zweiten Halbjahr 2018 hätten dort ernsthafte Veränderungen in Rede gestanden. Selbstverständlich sei

auch seit geraumer Zeit bekannt, dass die Automobilindustrie vor erheblichen Herausforderungen stehe.

Es gehe nicht nur um den Beirat Elektromobilität, sondern auch darum, was das Land beispielsweise durch entsprechende Rahmenbedingungen zur Unterstützung eines solchen Strukturwandels tun könne.

Eine ganze Reihe von Fragen bleibe übrig. Dazu gehörten das Thema „Wasserstoff“ ebenso wie die synthetischen Kraftstoffe in der Übergangszeit, um Schadstoffe zu minimieren.

Die Landesregierung solle an diesen Stellen vermittelnd und koordinierend tätig werden und sich eventuell überlegen, eine Kommission gemeinsam mit anderen Bundesländern auf Bundesebene zu initiieren. Ein enormer Strukturwandel in der Automobilindustrie und den Zulieferbetrieben stehe auch durch Entwicklungen wie e.GO bevor.

Das Ministerium solle darlegen, welche Aktionsmöglichkeiten des Landes außer dem Beirat Elektromobilität gesehen würden.

Henning Rehbaum (CDU) wundert sich über das Engagement der Grünen für die Automobilindustrie; dies kenne er bisher anders.

Die Zulieferer der Autobranche seien in NRW sehr präsent. Als Stichworte seien Antriebsarten, die Digitalisierung und das autonome Fahren zu nennen. Der Preiskampf in der Branche – auch gegenüber anderen Verkehrsträgern wie dem ÖPNV – stelle eine Herausforderung dar. Statistisch gesehen hätten junge Leute mittlerweile eine etwas geringere Affinität zum Pkw als noch vor einigen Jahren.

Diese Herausforderungen müssten das Management und die Beschäftigten der Pkw-Hersteller aktiv werden lassen und zu neuen Überlegungen bringen, wie die Zukunft gestaltet werden könne.

Eine Kooperation mit anderen Automobilherstellern stelle zunächst einmal eine Chance dar. Das müsse positiv gesehen werden. Gleichwohl seien die Beschäftigten bei Ford beunruhigt über die Nachrichten und brauchten schnell Klarheit.

Die Politik könne attraktive Rahmenbedingungen für die Automobilindustrie setzen. Damit beschäftigte man sich schon lange. Die CDU habe sich von Anfang an dazu bekannt, die Industrie und industrielle Wertschöpfungsketten in NRW haben zu wollen.

Benötigt würden nun positive Signale an die Automobilindustrie und deren Zulieferer und damit positive Signale an die Beschäftigten. Dies sei ein wichtiger Nachweis dafür, dass in NRW weiterhin gut Autos produziert werden und entsprechend zugeliefert werden könne. Diese Arbeitsplätze sollten auf jeden Fall im Land gehalten werden.

Susana dos Santos Herrmann (SPD) schließt sich in Teilen den Ausführungen der Vorredner an und betont, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer – insbesondere im Betriebsrat von Ford – wiesen nicht erst seit letzter Woche auf Probleme des Konzerns

in seiner Kostenstruktur hin. Laut Berichterstattung machten die Personalkosten gerade einmal 12 % aus. Insbesondere in den Bereichen „Einkauf“ und „Entwicklung“ müssten offensichtlich noch deutliche Effizienzsteigerungen möglich sein.

Wer industrielle Produktionsketten und damit Arbeitsplätze im Land halten, innovativ sein und neue Arbeitsplätze schaffen wolle, müsse genau schauen, wo eine politische Begleitung möglich sei.

Nicht nur die Automobilindustrie stehe vor großen Herausforderungen; letztlich betreffe dies auch das Land. Eine Frage sei, wie mit den bevorstehenden und nicht zu begrüßenden Fahrverboten umgegangen werde.

Ford sei Marktführer bei Kleinwagen und habe in der Entwicklung von Elektromotoren und Elektromobilität schon einiges geleistet. Eine Strategie müsse diese Schritte unterstützen, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine Perspektive für die Zukunft geben und gleichzeitig einen Beitrag zur Vermeidung – oder der späteren Wiederaufhebung – von Fahrverboten leisten.

Es reiche nicht aus, dass Ford dem Beirat Elektromobilität angehöre. Die Landesregierung solle das Thema mit mehr Engagement begleiten.

Ralph Bombis (FDP) bestätigt, die Problematik sei nicht erst kürzlich aufgekommen. Ford habe seit langer Zeit ein strukturelles Problem und ein Absatzproblem in Europa. Man tue gut daran, die aktuelle Situation vor allen Dingen im Sinne der Beschäftigten gut zu begleiten.

Die NRW-Koalition habe es sich zur Aufgabe gemacht, industriefreundlichere Rahmenbedingungen zu setzen als dies die Vorgängerregierung häufig getan habe. Das sei inzwischen allenthalben bekannt und in der Industrie angekommen.

Es gehe auch um Energiepreise und Planungssicherheit. E-Mobilität stelle einen ganz wesentlichen Faktor für die Zukunft der Automobilindustrie dar.

Im Zusammenhang mit den Automobilherstellern, aber auch den vielen Tausend Arbeitsplätzen in der Zulieferindustrie solle man sich offener über die Zukunft des Verbrennungsmotors unterhalten, der klimaneutrale und klimafreundliche Antriebsstoffe bieten könne. Der Klimaschutz solle mit einer starken Industrie in Deutschland und insbesondere in Nordrhein-Westfalen verbunden werden.

Christian Loose (AfD) unterstreicht, Ford stehe schon seit Jahren unter Druck. Deshalb habe das Unternehmen in den Vorjahren immer wieder Umstrukturierungen vorgenommen, und zwar bedauerlicherweise mit harten Einschnitten für die Arbeitnehmer.

Die politischen Rahmenbedingungen für Ford hätten sich in den letzten Jahren leider nicht verbessert, sondern weiter verschlechtert. Dazu gehörten die steigenden Energiepreise in Deutschland, die solche Industrieunternehmen hart trafen.

Zudem würden die Verbrennungsmotoren von den Parteien SPD, CDU und Grüne immer wieder verteufelt. Wenn selbst die Kanzlerin vom Ende des Verbrennungsmotors

spreche, müsse sich niemand wundern, dass die Automobilindustrie ins Nachdenken gerate. FDP und CDU förderten nun auch noch einseitig die ökologisch höchst bedenkliche Elektromobilität in NRW. Die EU verschärfe weiter die Grenzwerte, sodass immer weniger Luft zum Atmen für die Automobilindustrie bleibe. Hier sehe man leider keinen Einsatz des Ministerpräsidenten oder des Ministers für den Erhalt von Verbrennungsmotoren.

Die Kohleindustrie sei noch nicht einmal abgewickelt, aber die nächste Branche bröckele schon. Es werde endlich ein klares politisches Umdenken benötigt. Das lasse die Landesregierung allerdings nicht erkennen.

Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart (MWIDE) betont, das Ministerium arbeite mit Ford nicht nur in der Kommission zusammen. Ford sei als das in Nordrhein-Westfalen am stärksten vom Brexit betroffene Unternehmen auch Mitglied der Brexitkommission. Es habe die engsten Lieferbeziehungen. Dazu habe es enge Abstimmungen gegeben.

Strategische Gespräche fänden ebenfalls mit Ford statt. Derzeit gehe um Anpassungen in den nächsten ein bis drei Jahren. Auch die Mobilität verändere sich. Das habe nicht nur etwas mit der Diskussion in Deutschland zu tun, sondern auch damit, dass die Chinesen in dem Bereich den Takt vorgäben. Darauf müsse die Automobilindustrie global antworten.

Mittlerweile kooperiere VW strategisch mit Ford. Man müsse gemeinsame Antworten finden, weil der chinesische Markt mit ganz anderen Mengen arbeiten könne und somit ganz andere Eskalierungsvorteile habe. Kooperationen der Automobilindustrie könnten von Vorteil sein.

Anpassungsmaßnahmen seien immer zu bedauern, zum Teil aber auch unverzichtbar zum Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit. Zusätzlich werde es strategische Fortentwicklungen geben, die für den Standort Nordrhein-Westfalen hoffentlich eher positiv seien. Daran arbeite man. In den nächsten Wochen und Monaten begleite die Landesregierung die Entwicklung bei Ford, um die Fähigkeiten des Standorts Nordrhein-Westfalen bei der Mobilität von morgen mit ausspielen zu können.

Darüber hinaus würden gemeinsam mit dem Betriebsrat alle Instrumente wahrgenommen, um dies so fair und so gut wie möglich zu gestalten.

Zur weiteren Entwicklung werde der Ausschuss auf dem Laufenden gehalten.

1 Weiterentwicklung der Digital Hubs als regionale Digitalagenturen für StartUps und Mittelstand – Stärken ausbauen und eigene Profile weiterentwickeln

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/4114

Oliver Kehrl (CDU) erläutert, der Antrag habe zum Ziel, den guten Entwurf der Vorgängerregierung fortzuentwickeln. Die Hubs müssten daraufhin evaluiert werden, wie erfolgreich sie sich an den einzelnen Standorten entwickelten.

Die unterschiedliche Entwicklung der Hubs hänge unter anderem mit cluster- und branchenspezifischen Schwerpunkten zusammen. In Bonn werde der Schwerpunkt stark von der Telecom getrieben, während es in Aachen einen starken Bezug zur RWTH und in Köln Schwerpunkte in verschiedenen Branchen gebe.

Die vorgesehene Evaluierung finde durch eine Jury statt.

Eine sehr wichtige Institution stellten die Hubs für das Gründerstipendium dar. Als Jury trafen die Hubs letztendlich die Auswahl für das „1000 mal 1000“-Gründerstipendium und begleiteten die Betroffenen später. Die Hubs hielten Coworking-Spaces und sehr günstige Arbeitsplätze für junge Gründer vor.

Der Antrag solle eine stärkere Vernetzung der Hubs fördern. Einige befänden sich in der Hinsicht bereits auf einem sehr guten Weg. Parallelstrukturen innerhalb der Hubs sollten vermieden werden. Für die Fachorientierung, die Branchenorientierung und die regionale Clusterung sei es sehr wichtig, miteinander und nicht nebeneinander zu arbeiten.

Der immer wieder thematisierte hohe bürokratische Aufwand hänge zum Teil mit der EFRE-Finanzierung zusammen und solle – wo realisierbar – vermindert werden. Möglicherweise könne die Einwerbung von Drittmitteln hilfreich sein.

Ralph Bombis (FDP) hält die Start- und Gründerszene für einen wesentlichen Aspekt, hebt aber hervor, es gehe im Antrag auch um die digitale Transformation bereits bestehender Betriebe insbesondere des Mittelstandes.

Der regional verteilte Ansatz der Hubs sei richtig. Der komplementäre Ansatz trete nicht in Konkurrenz zu anderen bestehenden Angeboten. Die wissenschaftliche Einbettung und die Anbindung an die Hochschulen stellten wesentliche Punkte dar, um die Entwicklung permanent vorantreiben und um in der notwendigen Geschwindigkeit auf die Digitalisierung reagieren zu können.

Christian Loose (AfD) schickt voraus, die Evaluation sei noch nicht abgeschlossen. Aus Sicht der AfD würden keine weiteren Förderinstrumente benötigt. Einige Hubs funktionierten bereits ohne Fördermaßnahmen. So arbeite der Hub in Bonn bereits wirtschaftlich. Hubs, die sich am Markt durchsetzten, sollten bestehen bleiben; eine dauerhafte Alimentierung werde aber abgelehnt.

Frank Sundermann (SPD) erinnert, vor allen Dingen die CDU habe die Dezentralität der Hubs bei ihrer Einführung kritisiert. Dies sähen die Koalitionsfraktionen erfreulicherweise inzwischen anders.

Die anstehende Evaluation werde begrüßt; denn gerade im digitalen Umfeld änderten sich die Anforderungen sehr schnell.

Da der Konkretisierungsgrad des Antrags nicht ausreiche, enthalte sich die SPD bei der Abstimmung.

Horst Becker (GRÜNE) hat den Eindruck, die Hubs würden zu einer Art Gründerberatung der IHK zurückgebaut. Dieser Weg sei nicht richtig. Die Hubs sollten ihrer bisherigen Form fortgesetzt werden.

Nach Ansicht von **Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart (MWIDE)** bietet der Antrag eine Grundlage, um die Arbeit der Hubs auch in Zukunft eng fördernd begleiten zu können.

Die Hubs hätten in den vergangenen zweieinhalb Jahren eine wichtige Aufbauarbeit geleistet. Die Einrichtung der DWNRW-Hubs sei eine Initialzündung gewesen. Vereinzelte lokale Unterstützungsangebote für digitale Start-ups seien seit Gründung zu einem vernetzten System herangewachsen. Die DWNRW-Hubs kooperierten nicht nur untereinander hervorragend, sondern auch offen mit allen Akteuren im Start-up-Ökosystem. Sie trügen dazu bei, das entwickelte Potenzial weiter zu befördern. In den letzten anderthalb bis zwei Jahren hätten sich noch viele zusätzliche Akteure auf den Weg gemacht. So hätten sich in Ostwestfalen zwei Mitstreiter etabliert, die keine grundlegende Förderung vom Land erhielten.

Der Mehrwert, der in Nordrhein-Westfalen geschaffen werden könne, bestehe in der Zusammenarbeit; denn die einzelnen Standorte seien nicht unbedingt so eindrucksvoll wie es Berlin oder München sein könnten. Durch Kooperationen erhielten die Hubs ein solches Gewicht, dass auch internationale Investoren darauf aufmerksam würden. Diese Entwicklung solle ausgebaut werden.

Das Ergebnis der internen Evaluation sei mit dem digitalen Beirat besprochen worden. Deren Anregungen hätten aufgenommen werden können. Für 2020 sei eine externe Evaluation geplant.

Für die zweite Förderperiode ab Oktober 2019 hätten fünf der sechs Hubs einen Förderantrag gestellt. Lediglich der Hub in Köln habe beschlossen, künftig ohne Landesförderung auszukommen. Dies werte das Ministerium als ein weiteres starkes Signal für das Start-up-Ökosystem und die Nachhaltigkeit der Initiative.

Vor Weihnachten habe eine unabhängige Jury die Förderanträge fachlich bewertet und alle fünf Anträge für eine Weiterförderung empfohlen. Derzeit erfolge eine formale Prüfung durch den Projektträger, sodass die Zuwendungsbescheide voraussichtlich im April übergeben werden könnten. Es habe sich nicht um eine EFRE-Förderung, sondern um eine Landesförderung gehandelt. Aber auch Landesförderungen bedeuteten noch nicht zwingend, dass alles ganz schnell gehe und einfach sei. Deswegen

werde im Rahmen des Entfesselungspakets IV geprüft, ob manche dieser Dinge nicht noch etwas unkomplizierter gestaltet werden könnten. Dazu komme das Ministerium mit Vorschlägen auf die Parlamentarier zu.

Besonders wichtig sei es, Synergien zwischen den Förderprogrammen zu schaffen, um Doppelstrukturen abzubauen und die Schlagfähigkeit der öffentlichen Mittel zu erhöhen. Die Anträge für die zweite Förderperiode hätten daher natürlich Anknüpfungspunkte zu anderen Fördermaßnahmen, insbesondere zu den Exzellenz Start-up Centern, die neu geschaffen werden sollten. Hierzu finde am kommenden Tag eine Jury-sitzung statt. Abends zeichne er dann die von der Jury ausgewählten Center aus. Zu dieser Prämierungsveranstaltung seien die Ausschussmitglieder herzlich eingeladen worden.

Der Ausschuss stimmt dem Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP, Drucksache 17/4114, mit den Stimmen der CDU und der FDP gegen die Stimmen der Grünen und der AfD bei Enthaltung der SPD zu.

2 Urlaubsemester für Gründerinnen und Gründer

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/3020
Ausschussprotokoll 17/451

Guido Déus (CDU) verweist auf die im Wissenschaftsausschuss durchgeführte Anhörung. Hochschulen seien nicht nur Orte der Wissensvermittlung, sondern auch der Eigeninitiative. Erfahrungen aus der Gründungsphase eines Unternehmens seien weit wertvoller als viele Praktika, die im Rahmen des Studiums absolviert werden könnten. Deshalb sollten Studierende bis zu zwei Urlaubsemester für eine Unternehmensgründung erhalten können.

Auch wenn es hierfür bereits grundsätzliche Möglichkeiten und Regelungen gebe, sei eine Vereinheitlichung durchaus sinnvoll. Das habe die Anhörung gezeigt. Nach Ansicht des Rektors der Ruhr-Universität helfe eine solche Regelung bei der Einhaltung der Regelstudienzeit. Der Vertreter der Hochschule Bonn-Rhein-Sieg halte den Mut zur Selbstständigkeit für einen ehrenwerten Grund für Urlaubsemester. Der Vertreter des Deutschen Startups e. V. spreche von genau dem richtigen Mittel.

Dietmar Bell (SPD) unterstreicht, der Antrag fordere die Landesregierung lediglich zur Prüfung auf, welche rechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden könnten, um die Gründung eines Unternehmens als Grund für die Inanspruchnahme von bis zu zwei Urlaubsemestern geltend zu machen.

Die Anhörung habe ein differenziertes Bild ergeben. Nach Ansicht des Rektors der Ruhr-Universität könne eine Universität diesen Beurlaubungsgrund einfach ihrer Einschreibeordnung hinzufügen. Professor Schölmerich habe in der Anhörung aber auch vor einer gescheiterten Unternehmensgründung in Kombination mit einem abgebrochenen Studium gewarnt und sich daher dafür ausgesprochen, gründungsrelevante Studienleistungen in den Studiengängen zu verankern und gegebenenfalls Urlaubsemester als zusätzliche Option zu führen, diese aber nicht als Hauptaktivität zu fördern.

Horst Becker (GRÜNE) steht Urlaubsemestern grundsätzlich positiv gegenüber, äußert sich aber skeptisch, ob die Doppelbelastung von Studium und Gründung durch ein oder zwei Urlaubsemester vermieden werden könne.

Bereits gegenwärtig hätten die Universitäten Öffnungsmöglichkeiten für solche Regelungen.

Ralph Bombis (FDP) spricht sich dafür aus, alle Möglichkeiten zu nutzen, um NRW zum Gründerland Nummer eins zu machen. Vonseiten des Landtags solle dies klar als besonderes Anliegen signalisiert werden. Ein Signal sei durch das Gründerstipendium schon gesetzt worden. Die Verankerung von Urlaubsemestern könne einen weiteren Baustein darstellen.

Andere Bundesländer böten bereits optimale Bedingungen. Nordrhein-Westfalen müsse in der Richtung ebenfalls Flagge zeigen. Gerade Gründerinnen und Gründern aus dem Hochschulbereich komme mit Blick auf den Strukturwandel eine besondere Bedeutung zu. Sie stellten eine Voraussetzung für moderne Arbeitsplätze dar, die gute Zukunftsperspektiven böten.

Christian Loose (AfD) hebt hervor, Neugründungen seien stets zu begrüßen. Die Anhörung habe aber nicht erkennen lassen, dass das vorgeschlagene Konzept einen bahnbrechenden Erfolg haben könne. Die Universitäten könnten Urlaubssemester auf Basis der bisherigen Regelungen in ihre Einschreibeordnungen aufnehmen. Die Aufnahme dieser Möglichkeit in ein Hochschulgesetz sei mit Blick auf die zusätzliche Bürokratie nicht sinnvoll.

Der Ausschuss stimmt dem Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP, Drucksache 17/3020 mit den Stimmen der CDU, der SPD und der FDP gegen die Stimmen der AfD bei Enthaltung der Grünen zu.

3 Es ist fünf nach zwölf! Wann wird die Landesregierung endlich kurzfristig wirksame Maßnahmen gegen die drohenden Fahrverbote für Diesel-Fahrzeuge ergreifen? – Diesel-Hardware-Nachrüstung jetzt!

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/4458

André Stinka (SPD) erklärt, die Landesregierung sei in der vergangenen Woche beim Thema „Fahrverbote“ zurückgerudert; die zuständige Ministerin gehe nicht mehr davon aus, dass Nordrhein-Westfalen von Fahrverboten verschont bleibe. Das setze das Land enorm unter Druck.

Ein deutliches Einsetzen für Hardware-Nachrüstungen sei geboten. Der Ministerpräsident habe die Nachrüstung von Bussen schon 2017 für sinnvoll gehalten und als „gute Maßnahme“ bezeichnet. Für den Ausschluss von Nachrüstungen der Pkw gebe es keinen Grund.

Es gehe darum, ein positives Signal in Richtung Fahrzeughersteller und in Richtung der Verbraucherinnen und Verbraucher zu geben. Mehr als 1 Million Kraftfahrzeuge in NRW verfüge über die Euronorm 5. Eine Umtauschprämie helfe nicht weiter, da sich die Kfz-Besitzer einen solchen Umtausch häufig nicht leisten könnten.

Henning Rehbaum (CDU) verweist auf die Situation in Hamburg. Dort sei ersichtlich, dass Fahrverbote letztlich zu höheren Belastungen durch Feinstaub, NOx, Lärm und CO₂ führten.

Das Land gehe gegen Urteile zu Fahrverboten in Berufung. Zudem sei längst ein Maßnahmenbündel in Angriff genommen, um die Tatenlosigkeit der ersten Jahre nach Inkrafttreten der Grenzwerte aufzufangen.

Die Nachrüstung von Bussen werde vorangetrieben. Auch die Elektromobilität in Innenstädten treibe die NRW-Koalition massiv voran. So seien in den Großstädten bereits in großer Zahl Elektrobusse bezuschusst worden.

Der vorliegende Antrag habe sich inhaltlich im Grunde genommen erledigt. Im Bundesrat habe das Land Nordrhein-Westfalen den Entschließungsantrag „Hardware-Nachrüstungen statt Fahrverbote“ unterstützt. Die Umweltministerin des Landes bezeichne die Nachrüstung als „verhältnismäßiger“ und die Bundesregierung habe die Zügel mittlerweile deutlich angezogen. Sehr viel sei schon passiert.

Die Automobilhersteller stünden in der Pflicht, die zugesagten und zugesicherten Eigenschaften ihrer Fahrzeuge zu erfüllen. Das Land habe ein Maßnahmenbündel für bessere Luft in den Innenstädten angeschoben und arbeite mit Hochdruck an verschiedenen Punkten.

Bodo Middeldorf (FDP) ist der Meinung, bei den drohenden Dieselfahrverboten handle es sich um eines der wichtigsten Themen für die Bürgerinnen und Bürger in

Deutschland. Seit Bekanntwerden der technischen Voraussetzungen sei auf den Zusammenhang zwischen Nachrüstungen der Diesel-Hardware und der Luftqualität in den Städten hingewiesen worden.

Der Antrag beziehe sich nicht auf irgendwelche Maßnahmen, sondern auf die Nachrüstung von Dieselfahrzeugen. Dabei handele es sich um ein bundesweites Thema. Hardware-Nachrüstungen könnten ein probates Mittel zur deutlichen Reduktion der Fahrzeugemissionen und damit zur Luftverbesserung in den Städten sein. Die Bundesregierung habe im November letzten Jahres zum ersten Mal einen Gesetzentwurf vorgelegt, um diese Nachrüstungen überhaupt möglich zu machen. Darin bestehe eigentlich der zu thematisierende Skandal.

Auf Landesebene plädiere die FDP seit geraumer Zeit immer wieder für Hardware-Nachrüstungen, die einen wesentlichen Beitrag leisten könnten. Die Bundesumweltministerin habe noch vor ihrem Amtsantritt in einem Interview deutlich gemacht, positiv zu diesen Nachrüstungen zu stehen und erklärt, auf Bundesebene dafür eintreten zu wollen.

Die Landesregierung engagiere sich im Bundesrat für Nachrüstungen. Übrigens setze sich die Regierungspräsidentin in Köln seit jeher für alle Maßnahmen ein, die Dieselfahrverbote noch verhindern könnten.

Horst Becker (GRÜNE) hält fest, Minister Scheuer habe erst im November – und somit sehr spät – Vorgaben für die Nachrüstung von Dieselfahrzeugen gegeben. Die Vorgaben schienen jedoch Garantien für Lebensdauerzyklen zu fordern, die weit über normale Autogarantien hinausgingen und nicht ohne erhebliche wirtschaftliche Risiken geleistet werden könnten. Der Wirtschaftsminister des Landes werde gebeten, diesen Eindruck noch einmal mit Blick auf die vielfach in Nordrhein-Westfalen ansässigen Herstellerfirmen solcher Autoteile zu überprüfen. Das bisherige Vorgehen auf Bundesebene empfinde er als eine wirkliche Behinderung der Firmen, die gute Nachrüstsätze bauten.

Das Bezirksregierung Köln habe – offenbar in Absprache mit dem Umweltministerium – dem Gericht erst am allerletzten Tag Ideen für einen Luftreinhalteplan dargestellt. Das Gericht habe dieses Vorgehen sehr deutlich kritisiert. Möglicherweise sei dies einer der Gründe für das ergangene Urteil. So werde man den Angelegenheiten nicht gerecht. Fahrverbote müssten – wenn irgendwie möglich – vermieden werden. Es dürfe aber auch nicht der Eindruck erweckt werden, als ob selbst Gerichten auf der Nase herumgetanzt werde. Ein solches Verhalten räche sich möglicherweise.

Nach Meinung von **Christian Loose (AfD)** geht es um ein hausgemachtes Problem, das durch unsinnige Grenzwerte entstanden sei. Bei den in Bonn verhängten Fahrverboten in der Nähe des Rheins sei überhaupt nicht klar, ob die Überschreitungen auf Emissionen von Schiffen oder von Fahrzeugen zurückzuführen seien.

Die Handwerkskammer zu Köln beginne mit eigenen Messungen. Die Landesregierung solle überdenken, ob diese Messungen so repräsentativ seien wie es das EU-Recht vorsehe.

Die Prioritätensetzung sei zu hinterfragen.

Grenzen der Elektromobilität würden in Bochum deutlich. Dort könne eine Buslinie aufgrund der geringen Leistungsfähigkeit der Elektrobusse nicht einmal um 1.300 m verlängert werden.

André Stinka (SPD) hebt hervor, die Landesregierung habe in puncto Nachrüstung immer wieder rechtliche Bedenken erhoben.

Die Bundesumweltministerin habe dagegen von Beginn an immer wieder auf die Nachrüstung als einzige Möglichkeit zur Einhaltung der Grenzwerte hingewiesen, auch wenn der Verkehrsminister für einen anderen Weg eintrete. Den Besitzern von Dieselfahrzeugen mit Euronorm 5 könne nicht zugemutet werden, neue Fahrzeuge zu erwerben. Dies sei für viele Menschen nicht leistbar.

Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart (MWIDE) informiert, die Landesregierung habe mit ihren Stimmen im Bundesrat am 19. Oktober 2018 die Entschließung „Hardware-Nachrüstungen statt Fahrverbote“ unterstützt. Die Entschließung beinhalte die Bitte an die Bundesregierung, zeitnah die Zulassungsvoraussetzungen für technisch umgerüstete Dieselfahrzeuge zu schaffen, die die Abgasnormen erfüllten, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass für die betroffenen Dieselfahrzeuge eine Hardware-Nachrüstung erfolgen könne und dafür Sorge zu tragen, dass die Hersteller in die Verantwortung für die Kosten zu nehmen seien.

Bodo Middeldorf (FDP) unterstreicht, auch die SPD trage Verantwortung auf Bundesebene.

Oliver Kehrl (CDU) stellt fest, die Koalitionsfraktionen hätten sich keineswegs im Ganzen gegen eine Musterfeststellungsklage ausgesprochen, sondern der Entwurf des damaligen Justizministers Heiko Maas sei als absolut unzureichend empfunden worden.

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 17/4458 mit den Stimmen der CDU, der FDP und der AfD gegen die Stimmen der SPD und der Grünen ab.

gez. Georg Fortmeier
Vorsitzender